AAB-FCG

DIE AAB-FCG-FRAKTION IN DER KAMMER
FÜR ARBEITER UND ANGESTELLTE

Maximilianstraße 2
6020 Innsbruck
Tel: 0512 / 57 37 57
Email: fraktion@aab-ak.at

Antrag

an die 172. Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Tirol am 20. Oktober 2017

Untersuchungsausschuss zum Verkauf der Tiroler BUWOG-Wohnungen

Beim Verkauf der Tiroler Buwog-Wohnungen im Jahr 2016 hat das Land Tirol die einmalige Chance verpasst, wertvollen Wohnraum für Tirol zu sichern. Vor allem der Erwerb der 750 - in der Landeshauptstadt gelegenen - Buwog-Wohnungen wäre aufgrund der Knappheit an verfügbarem Bauland in Innsbruck unabdingbar gewesen. Angesichts explodierender Wohnkosten und akuter Wohnungsnot im Großraum Innsbruck, wäre der Kauf der richtige Ansatz für den Start einer Wohnungsoffensive gewesen. Dadurch hätte das Land mit einem Schlag langfristig günstigen Wohnraum für die Tiroler Bevölkerung erwerben und in der Folge schaffen können.

Der Verkauf von 1.150 Buwog-Wohnungen an einen ausländischen Investor ist ein trauriges Zeichen dafür, wie wenig durchdacht die Wohnungspolitik in Tirol abläuft. Durch den Kauf der Tiroler Buwog-Wohnungen hätte sich eine einmalige Chance für das Land eröffnet, sich Einfluss auf 1.150 Wohnungen zu sichern. Neben anderen Interessenten hat sich die Neue Heimat Tirol um die Übernahme der Wohnungen bemüht. Schlussendlich setzte sich jedoch ein Immobilienkonsortium mit Sitz in Luxemburg mit ihrem Angebot von 120 Millionen Euro durch (heruntergebrochen € 100.000 für jede Wohnung).

Für die Arbeiterkammer Tirol stellt sich daher die Frage, warum das Land Tirol nicht mehr unternommen hat, um wertvolles Bauland in Tirol zu halten. Etwa, wenn mehrere gemeinnützige Wohnbauträger, auf die ja das Land wesentlichen Einfluss hat, gemeinsam mitgeboten hätten. Die im Tiroler Landtag vertretenen Parteien müssen in dieser Frage jetzt aktiv werden und einen Untersuchungsausschuss mit der Frage einsetzen, weshalb seitens des Landes Tirol nicht die notwendigen Anstrengungen unternommen worden sind, um die, für die zukünftige Schaffung von leistbarem Wohnraum, notwendigen Grundstücke letztlich zu erwerben.

Die 172. Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Tirol fordert daher die im Tiroler Landtag vertretenen Parteien und die Landtagsabgeordneten dazu auf, einen Antrag auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses im Sinne dieses Antrages einzubringen und einer positiven Beschlussfassung zuzuführen.